

- (A)
- Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:
Wir kommen zur
- dritten Beratung**
- und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit mit dem gleichen Stimmenverhältnis wie bei der zweiten Beratung angenommen.
- Ich rufe die Zusatzpunkte 7 bis 10 auf:
- ZP 7 Beratung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Irland unterstützen und Steuerharmonisierung vorantreiben**
- hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes i. V. m. § 9 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union**
- Drucksache 17/4065 –
- ZP 8 Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP
- Irland unterstützen – Euro stabilisieren**
- hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes i. V. m. § 9 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union**
- Drucksache 17/4082 –
- ZP 9 Beratung des Antrags der Fraktion der SPD
- Irland unterstützen und gerechten, wirksamen Mechanismus zur Bewältigung von Staatsfinanzierungskrisen schaffen**
- hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes i. V. m. § 9 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union**
- Drucksache 17/4014 –
- ZP 10 Beratung des Antrags der Abgeordneten Alexander Ulrich, Michael Schlecht, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- zum Antrag der Republik Irland auf finanzielle Unterstützung im Rahmen des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EuB-BReg 126/2010)**
- (B)
- (C)
- (D)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt

(A) **hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Artikel 23 Absatz 2 des Grundgesetzes i. V. m. § 9 Absatz 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Profiteure der Krise zur Kasse bitten – Keine weitere Verstaatlichung fauler Bankkredite bei Finanzhilfen für Irland

– Drucksache 17/4029 –

Über den Antrag der Fraktion der SPD und über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann werden wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Manuel Sarrazin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist Ihnen sicherlich aufgefallen, dass wir Grüne in dieser Woche als Erste beantragt haben, dass der Bundestag Verantwortung für Irland übernimmt. Für die Kredithilfen für Irland sprechen aus unserer Sicht Solidarität und Rationalität im europäischen Sinn.

(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Geschichtsphilosoph Alfred Vierkant sagte einmal:

Solidarität ist das Zusammengehörigkeitsgefühl, das praktisch werden kann und soll.

Echte Solidarität gibt es also nur dann, wenn man sie am Ende auf die Wirklichkeit bezogen eintreten lässt. Wir finden, das gilt auch heute.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht so, dass wir alles, was die Europäische Kommission und die irische Regierung ausgehandelt haben, einfach gut finden. Wir finden es falsch und unklug für Irland, auf dem harten Weg des Sparens nicht auch die Anhebung des Unternehmensteuersatzes anzupacken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir finden es falsch, auf dem Sanierungsweg nicht auch die Vermögen heranzuziehen.

(Beifall des Abg. Joachim Poß [SPD])

Wir wollen, dass Europa endlich bei der Harmonisierung der Unternehmensteuern vorankommt. Wir denken, dass gerade Irlands Probleme zeigen, dass es jetzt Zeit ist, hier voranzukommen und zu handeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C) Jetzt aufgrund der Entscheidungen gegen die Kredithilfen zu stimmen, würde aber nicht dazu führen, dass das Sparprogramm sozialer oder besser würde; es würde Irland dem reinen Spiel der Märkte überlassen – nicht mehr –, und das in einer Situation, in die Irland natürlich vor allem durch das außergewöhnliche Ereignis der Finanzkrise geraten ist.

Natürlich hat die irische Politik eine zu laxen Aufsicht über die Finanzmärkte betrieben und die Unternehmensteuern zu niedrig gehalten. Europa hat aber diese Politik durchgehen lassen und nicht voraussehend mit europäischen Regelungen reagiert. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir auch sagen, dass gerade Deutschland unter dieser Bundesregierung in Brüssel regelmäßig bei der strengen Regulierung der Finanzmärkte bremst.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Linken, es reicht aus unserer Sicht nicht aus, den Iren vorzuwerfen, dass sie eine schlechte Regierung haben, zumal Sie zu Hause nicht gegen die Neoliberalen gewinnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es steckt ein tieferer Sinn hinter unserem Antrag.

(Joachim Poß [SPD]: Es wäre schade, wenn das nicht der Fall wäre!)

Bei der Tat der Solidarität geht es uns nicht einfach nur darum, Europa zu bewahren, sondern wir wollen Europa weiterentwickeln. Diese Tat fordert auch politisch ein: Geht endlich die Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken an! Geht endlich die Steuerharmonisierung an und geht endlich den Abbau der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Europäischen Union an!

(D) Denn – um es mit Robert Schuman zu sagen, der diese Erkenntnis schon 1950 hatte; ich zitiere –: Europa „wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen“. Wer also will, dass Europa mehr wird, als es 1950 war und als es heute ist, der sollte aus unserer Sicht heute für die Solidarität der Tat stimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, dass wir mit unserem Antrag eine Stellungnahme nach Art. 23 des Grundgesetzes einfordern, liegt daran, dass wir möchten, dass der Bundestag zeigt, dass er seine Verantwortung übernimmt, zu sagen, dass die Parlamente beteiligt werden müssen, wenn wir wollen, dass Europa gelingt. Das ist notwendig, um die irische Hilfe verfassungsgerichtsrechtlich zu machen.

Die Beschlussvorlage der Kommission liegt uns noch nicht vor. Das Finanzministerium hat uns heute den Entwurf für die Beschlussvorlage zur Verfügung gestellt. Wir denken deshalb, dass eigentlich den Rechten des Parlamentes auf Stellungnahme gemäß Art. 23 GG nicht Genüge getan worden ist. Wir geben mit dieser Stellungnahme aber ideell unsere Zustimmung dazu, dass die Bundesregierung im Ecofin für die Kredithilfen für Irland stimmt. Wir wahren trotzdem unser Recht auf Stel-

Manuel Sarrazin

- (A) lungnahme, die wir erst dann abgeben können, wenn wir auch die endgültigen Beschlussvorlagen kennen und richtig bewerten können. Wir kennen den Inhalt durch die Information im Ausschuss aber relativ gut. Deshalb ist das sachlich möglich und auch geboten. Das bedeutet aber nicht, dass wir auf unsere Rechte verzichten. Darauf werden wir auch weiterhin pochen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Der nächste Redner ist der Kollege Norbert Barthle für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über ein 85-Milliarden-Euro-Paket, das zwischen der Europäischen Kommission, dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank verabredet wurde. Es soll dazu dienen, die Zahlungsfähigkeit Irlands wiederherzustellen und gleichzeitig auch die Finanzstabilität der Euro-Zone sicherzustellen.

- (B) Dieses Paket beinhaltet verschiedene Teile, für die auch verschiedene Beteiligungen gelten. Da ist zunächst einmal der EFSF-Teil, also die Europäische Finanzstabilitätsfazilität. Für diesen Teil ist das Einvernehmen mit dem Haushaltsausschuss herzustellen. Ich möchte feststellen, dass dieses Einvernehmen eindeutig hergestellt wurde. Ich will an dieser Stelle auch dem Bundesfinanzminister ganz herzlich danken, der uns aktuell und laufend über die jeweiligen Beratungen informiert hat, zuletzt noch am Sonntag über Telefonkonferenzen, mit einer umfassenden Unterrichtung am Montag im Haushaltsausschuss und erneut unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt am Mittwoch.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dieses Einvernehmen wurde mit den Stimmen der Koalition, mit den Stimmen der SPD und mit den Stimmen der Grünen hergestellt. Dafür ein ganz herzliches Dankeschön. Das zeigt, dass an dieser Stelle doch ein Verantwortungsbewusstsein besteht. Ich möchte aber nochmals betonen, dass wir im Haushaltsausschuss auch – entgegen anderslautender Agenturmeldungen von gestern – eine eigenständige Mehrheit hatten. Wir hatten eine eigene Mehrheit von 14 : 11, daran gibt es nichts zu rütteln.

(Zurufe von der SPD)

Damit sind diese Bedingungen für den Rettungsschirm erfüllt.

Es geht heute aber eigentlich um den zweiten Teil. Das ist – EFSM genannt – der Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus. Hierfür ist die Beteiligung des Parlaments, des Deutschen Bundestages, vorgesehen. Diese erfolgt hier und heute und damit auch rechtzeitig

- vor der Tagung der Ecofin am Dienstag, dem 7. Dezember 2010, und der Tagung des Europäischen Rates am 16. und 17. Dezember 2010. (C)

Inzwischen liegen auch der Antrag unserer Koalition zu diesem Thema und auch der Entwurf – der Kollege Sarrazin hat darauf hingewiesen – der Europäischen Kommission für den Beschluss des Rates vor. Dieser Entwurf enthält drei Hauptelemente: erstens eine Strategie für den Finanzsektor, zweitens eine ehrgeizige Strategie zur Haushaltskonsolidierung und drittens eine Strukturreformstrategie zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation und zur Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums. Es ist sicherlich interessant, das genauer zu beleuchten; darauf werde ich noch zurückkommen.

Über eines sind wir uns alle im Klaren: Irland ist nicht mit Griechenland vergleichbar. Es handelt sich um ein vollkommen eigenständiges Phänomen. In Irland überwiegt das Problem des aufgeblähten Bankensektors, obwohl natürlich auch das Staatsdefizit, das trotz der Sparmaßnahmen im kommenden Jahr immer noch bei fast 10 Prozent liegen wird, dazu beiträgt, dass Irland sich nicht selbst helfen kann. Deshalb ist es notwendig, dass wir als Europäer Solidarität üben, Irland helfen und gleichzeitig unsere eigene Währung, unseren Euro, schützen. Letztendlich geht es nämlich genau darum.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- Ich denke, wir können froh und stolz sein, dass wir bei uns, so sagt es der Finanzminister, schon im kommenden Jahr die 3-Prozent-Grenze der Maastricht-Kriterien wieder unterschreiten. Wir sollten aber nicht in den Fehler verfallen, darauf mit Überheblichkeit und zu viel Stolz zu reagieren. (D)

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Das stimmt!)

Im Gegenteil: Wir sollten den anderen in der Europäischen Union nicht sagen, wie es richtig zu machen ist, welche Steuern sie erheben sollen, wie sie ihre Wirtschaft gestalten sollen. Da unterscheiden wir uns von Ihnen. Wir wollen umgekehrt aber auch nicht, dass andere uns sagen, wie hoch unser Körperschaftsteuersatz sein soll, wie hoch unser Mehrwertsteuersatz sein soll, wie unsere Wirtschaftspolitik aussehen soll. Ich denke, es ist gut und richtig, dass die Europäische Union auf die Stärke ihrer Mitglieder setzt. Es gilt, die Stärke der Mitglieder zu stärken. Deshalb machen wir dies heute.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich will nochmals darauf verweisen, dass wir froh und stolz sind, dass wir eine so gute industrielle Basis haben, dass wir eine mittelständische Struktur haben, die sich in dieser Krise als flexibel und resistent erwiesen hat, dass unsere Industrie eine Grundstruktur hat, die in der Lage war, möglichst schnell wieder Impulse aufzunehmen. Die Marktreaktionen in Irland zeigen allerdings, dass die Märkte die industriellen Voraussetzungen nicht immer genau im Visier haben, sondern auch spekuliert wird. Diesen Spekulationen müssen wir den Boden entziehen. Dazu dient dieses Paket, das jetzt auf den Weg gebracht wird.

Norbert Barthle

- (A) Lassen Sie mich an dieser Stelle nochmals daran erinnern, dass das Sparpaket, das in Irland jetzt auf den Weg gebracht wird, zu etwa einem Drittel aus Mehreinnahmen und zu zwei Dritteln aus Ausgabenreduzierungen besteht, und zwar mit teilweise ernst zu nehmenden Maßnahmen: Erhöhung des Renteneinstiegsalters auf 68 Jahre,

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Die Arbeitnehmer wieder!)

Stellenabbau im öffentlichen Dienst, Absenkung der Mindestlöhne um 1 Euro, Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes. An dieser Stelle empfehle ich vor allem den Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite des Hauses, einmal nachzuschauen, wie die Länder, die quasi gezwungen sind, heftige Sparprogramme aufzulegen, diese Aufgabe angehen, und eine Analogie zu Deutschland herzustellen. In diesem Zusammenhang lohnt sich ein Blick auf unser Zukunftspaket.

(Joachim Poß [SPD]: Das ist die Entschuldigung für das unsoziale Sparpaket!)

Mit unserem Zukunftspaket machen wir genau dasselbe: ein Drittel Einnahmeverbesserungen, zwei Drittel Sparen bei den Ausgaben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb lohnt sich ein Blick darauf. Das ist genau dieselbe Grundstruktur.

- (B) Sosehr ich es begrüße, dass Grüne und SPD dabei sind, wenn es um dieses Rettungspaket geht, so sehr empfehle ich, dass Sie darauf achten, dass Sie nicht, um außenpolitisch seriös zu erscheinen, innenpolitisch das Gegenteil tun und gemeinsam mit den Gewerkschaften die Menschen gegen unsere Zukunftspakete auf die Straße treiben. Das beißt sich. Das widerspricht sich. Das ist nicht konsistent.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Joachim Poß [SPD]: Das ist ja eine absolute Frechheit!)

Ich begrüße es außerdem, dass auf europäischer Ebene ernsthaft darüber nachgedacht wird, wie ein Stabilisierungsmechanismus für die Zeit nach Auslaufen dieser Maßnahmen, also für die Zeit nach 2013 eingerichtet werden kann.

(Joachim Poß [SPD]: Vor allen Dingen die Eignigkeit der Koalition an der Stelle!)

Dazu gibt es Vorschläge der Van-Rompuy-Gruppe. Ich begrüße es sehr, dass unsere Position von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble immer wieder vorgetragen wird.

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Erfolglos!)

Wir setzen darauf, dass es gelingt, den Mechanismus einzuführen, der in unserem Antrag dargelegt ist, mit dem wir in der Lage sind, zukünftige Krisen zu beherrschen, und zwar auch unter Beteiligung der Gläubiger.

(Joachim Poß [SPD]: Gut, dass Sie immer einer Meinung waren!) (C)

Das steht in unserem Antrag mit drin. Ich glaube, damit sind wir auf dem richtigen Weg.

Es geht immer – dessen müssen wir uns stets vergewissern – um die Stabilität unserer Währung. Es geht um das Vertrauen der Menschen in unsere Währung. Dafür gilt es sich auch auf europäischer Ebene einzusetzen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Das Wort hat der Kollege Carsten Schneider für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Sozialdemokraten stimmen den Hilfen für Irland zu.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir tun dies im Bewusstsein unserer Verantwortung für ein friedliches Europa. Wir tun dies nicht – entgegen den gerade wieder vorgetragenen Argumenten – für eine Rettung des Euro, Kollege Barthle. Es geht nicht um den Kurs des Euro, der tagtäglich schwankt. Vielmehr geht es darum, dass, wenn ein Land aus der Währungsunion aussteigt, der zweite Schritt der Ausstieg aus der Europäischen Union ist. Das ist die Gefahr, vor der wir stehen. Wir wollen eine gemeinsame Europäische Union, weil nur sie zum Beispiel dafür sorgen kann, dass die Finanzmärkte gezähmt werden. Das geht nur durch eine gemeinsame Linie innerhalb der Europäischen Union. (D)

(Beifall bei der SPD)

Deswegen muss sie erhalten bleiben. Vor dieser Frage stehen wir.

Eine politische Union muss aber auch politische Antworten geben. Alles, was bis jetzt verabredet wurde, sind Geld und Kredite – und das alles sehr kurzfristig. Wir sind Getriebene der Märkte. Politische Entscheidungen werden mittlerweile morgens im Kanzleramt mit dem Blick auf den Ticker bzw. darauf getroffen, wie sich die Kurse ändern. So werden heute politische Entscheidungen durch Ihre Regierung getroffen. Das ist fatal.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht das Primat der Politik, Frau Bundeskanzlerin, das Sie vor einer Woche hier gefordert haben, sondern das ist das Gegenteil.

Eine politische Antwort wäre, die Spirale der Spekulation und der Verunsicherung zu durchbrechen. Wir Sozialdemokraten haben in unserem Antrag ganz konkrete Vorschläge dazu gemacht. Sie als Koalitionsfraktionen sind nicht mit einer Silbe darauf eingegangen und haben sie sich nicht zu eigen gemacht. Die Verunsicherung bei Ihnen ist so stark – ich brauche mir nur die Pressemittei-

Carsten Schneider (Erfurt)

- (A) lungen der FDP vom gestrigen Tag anzuschauen –, dass es schwer genug ist, diesen Laden zusammenzuhalten,

(Joachim Poß [SPD]: So ist es!)

geschweige denn für eine gemeinsame Initiative und eine gemeinsame Aktion aller hier vertretenen Fraktionen zu sorgen. Ich bedauere dies ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Es zeigt sich die Abhängigkeit der Politik von den Märkten. Da Sie uns Irland immer als das Heilsmodell der ökonomischen Entwicklung gepriesen haben und weil die Märkte für Sie das Evangelium sind, frage ich Sie, warum Sie die Märkte dann so treiben lassen. Warum greifen Sie nicht ein, indem Sie klare Regularien aufstellen? Warum greifen Sie nicht ein, indem Sie unsere Vorschläge folgen?

Zur Akzeptanz dieses Programms in der deutschen Bevölkerung gehört, Frau Bundeskanzlerin, auch einmal klar öffentlich dazu Stellung zu beziehen. Diese klare Ansage würde aber auch bedeuten zu sagen: Das ist nicht umsonst. Das wird uns höchstwahrscheinlich etwas kosten. Die Frage ist dann, wer dafür zahlt. Die Position der SPD ist da eindeutig: Wir wollen auf europäischer Ebene, dass diejenigen, die die Krise verursacht haben, auch zahlen.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Dazu ist von Ihnen nichts zu hören.

- (B) (Norbert Barthle [CDU/CSU]: Wie kann man so etwas fordern, wenn man genau weiß, dass es nicht durchsetzbar ist?)

Zur Ehrlichkeit und zur Akzeptanz der Stabilisierungsmaßnahmen: Wir erleben Gipfel für Gipfel. Nachdem die EZB gerade keine Entscheidung für eine Ausweitung des Ankaufsprogramms getroffen hat – dies begrüße ich sehr –, wird darüber spekuliert, dass es vielleicht schon wieder einen Gipfel gibt. Als Nächstes sind Portugal, Spanien, Belgien und Italien im Fokus. Aber das alles hilft uns nicht.

Ich hätte erwartet, dass von dem Gipfel am Sonntag in Brüssel – Stichwort „Ecofin“ – ein klares Signal des Sich-ehrlich-Machens der Staaten ausgeht, die im Feuer stehen. Das heißt erstens, deutlich zu machen, wie die Situation ist, und zweitens, die Rettungsmaßnahmen, die Hilfsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen und nicht so lange zu warten, bis es gar nicht mehr anders geht. Das ist die Bankrotterklärung der Politik.

(Beifall bei der SPD)

Ich will auf einen für uns Sozialdemokraten sehr wichtigen Punkt zu sprechen kommen, der von Ihnen wie eine Monstranz vor sich her getragen, aber nicht verwirklicht wird. Das ist die Frage der Gläubigerbeteiligung.

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Richtig!)

Es ist vollkommen klar, dass derjenige, der eine Anleihe zeichnet, einen höheren Zins bekommt, aber auch ein

höheres Risiko trägt und im Zweifel haften muss. Die Haftung wird jetzt für zwei Jahre komplett ausgesetzt. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben in Deauville nicht nur alle europäischen Partner mit Ihrer Verhandlungsführung und dem mit Herrn Sarkozy erzielten Ergebnis vor den Kopf gestoßen, sondern Sie haben auch die Märkte verunsichert, weil Sie sie im Unklaren lassen. Sie haben gar kein Konzept, wie die Gläubigerbeteiligung aussehen soll. Deswegen ist es berechtigt, dass aus den anderen europäischen Hauptstädten zu hören ist, dass Sie zum Teil Schuld daran haben, dass es Verunsicherung gibt.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das, was verabredet wurde, machen Sie sich jetzt zu eigen. Der Antrag der Koalitionsfraktionen ist beinahe eine Art Misstrauensvotum gegenüber dem Ergebnis, das Finanzminister Schäuble erzielt hat. Sie sprechen sich für automatische Sanktionen aus. Dies haben Sie aber in Deauville geopfert. Es gibt keine automatischen Sanktionen; Sie fordern sie lediglich. Sie sprechen sich dafür aus, dass Gläubiger immer beteiligt werden sollen. Wir als Sozialdemokraten unterstützen das. Wer ein Risiko eingeht, wer einen höheren Zins bekommt, muss die Zeche zahlen. Nicht der Steuerzahler muss einspringen, sondern die Investoren müssen zahlen. Das gehört zur Marktwirtschaft; sonst wird sie auf den Kopf gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist aber nicht verabredet. Man muss sich das genau anschauen. Sie unterscheiden in dem vorgeschlagenen Kompromiss bei der Frage der Gläubigerbeteiligung, ob der betroffene Staat Liquiditätsprobleme oder Solvenzprobleme hat. Bisher konnte mir niemand erklären, woran dieser Unterschied festgemacht wird.

(Joachim Poß [SPD]: Das wird gleich erläutert!)

Darüber wird eine politische Entscheidung getroffen werden, auch wenn Sie das ausschließen wollen. Genau das wird passieren. Deswegen befürchte ich, dass diese Klausel niemals in Kraft treten wird, dass es niemals zu einer Gläubigerbeteiligung kommen wird. Sie werden immer politische Entscheidungen treffen. Das ist ein Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen hier klare Ansagen, klare Regularien und keine Betrachtung von Fall zu Fall und auch keine Unterscheidung von Aspekten, die man gar nicht unterscheiden kann. Das Finanzministerium konnte mir gestern im Haushaltsausschuss anhand der beiden Fälle Irland und Griechenland nicht erklären, wer ein Liquiditäts- und wer ein Solvenzproblem hat. Ich habe so schon kein Vertrauen in dieses Vorgehen, wie soll es dann in der Zukunft sein?

(Otto Fricke [FDP]: Weil es bei Irland nicht geht!)

– Diese Frage wurde nicht beantwortet, Herr Kollege Fricke. – Das führt nur dazu, dass die Verunsicherung

Carsten Schneider (Erfurt)

- (A) bestehen bleibt, dass es höhere Risikoaufschläge und Prämienzinsen geben wird. Aber das, was eine Marktwirtschaft ausmacht, nämlich dass Anleger und nicht der Steuerzahler für das höhere Risiko zahlen und geradestehen – ich vermute, es wird zu einem Ausfall der Gläubigerbeteiligung kommen –, wird nicht passieren.

Ich wäre froh und dankbar, Sie würden dem dezidierten und sehr konkreten Antrag der SPD-Fraktion zustimmen. Das würde Europa sicherer machen. Das würde zu einem sozialen Europa führen, in dem nicht immer die Spekulanten herrschen. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Dann hätten Sie mehr als Herr Sarkozy, der den Spatz in der Hand hat, wenn diese Rettungsaktionen vorüber sind. Sie, Frau Merkel, haben nach dem derzeitigen Verhandlungsstand jedenfalls nicht die Taube auf dem Dach.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:

Nächster Redner ist der Kollege Oliver Luksic für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Oliver Luksic (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 2010 wird als das Jahr der Prüfung unserer Gemeinschaftswährung in die Geschichte der Europäischen Union eingehen. Nach den schwierigen Entscheidungen über die Griechenland-Hilfe und den Rettungsschirm müssen wir jetzt über die Hilfen für Irland entscheiden. Wir müssen uns vor allem zu den Eckpunkten des robusten Krisenmechanismus nach 2013 positionieren. Das ist die zentrale Frage, die beantwortet werden muss, damit der Teufelskreis von Krisen und Rettungspaketen endlich durchbrochen werden kann.

Irland-Hilfen sind notwendig, um den Euro zu schützen. Die nun beschlossenen Grundzüge des künftigen Mechanismus sind ein guter Kompromiss. Die Bundesregierung hat in Brüssel das realpolitische Maximum herausgeholt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Joachim Poß [SPD]: Oh!)

Irland hat als erstes Land Hilfen aus dem Rettungsschirm beantragt und wird diese zu Recht erhalten. Es zeigt sich im Fall Irlands, dass die Konzeption des Rettungsschirms, die Wahrung der strikten Konditionalität der Hilfen und die aktive Einbindung des IWF, richtig war und ist.

Die drei Elemente des Hilfspakets sind richtig: die Reform des Bankensektors, die Stabilisierung des irischen Haushaltes sowie wachstumsorientierten Strukturreformen. Das sind strenge Bedingungen. Diese Maßnahmen sind in Irland innenpolitisch schwer umzusetzen. Wir sind aber fest davon überzeugt, dass es nur so eine Hilfe zur Selbsthilfe geben kann. Deswegen will ich, wie es auch der Kollege Barthle getan hat, betonen: Griechen-

land und Irland sind verschiedene Fälle. Sie dürfen nicht in einen Topf geworfen werden. (C)

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Bravo! Gut erkannt!)

Irland hat aufgrund der Bankenkrise ein temporäres Finanzierungsproblem. Es muss geholfen werden, die Spekulation zu stoppen.

Wichtig ist – das kommt im Antrag der Linken falsch herüber –: Eine zwingende Beteiligung der Gläubiger ist nach dem derzeitigen Mechanismus gar nicht vorgesehen. Sie ist für Irland weder rechtlich möglich noch politisch und ökonomisch sinnvoll. Solidarität ist für Sie leider ein Fremdwort. Sie lassen Irland alleine. Ihr Antrag ist leider ein reiner Showantrag.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich begrüße es ausdrücklich, dass sich SPD und Grüne in ihren Anträgen jetzt für Hilfen für Irland aussprechen.

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Was heißt denn hier „jetzt“? Vorher mussten wir das doch gar nicht tun!)

Sie zeigen damit europapolitische Verantwortung, die Sie bei den vorherigen Abstimmungen zu Griechenland bzw. zum Euro-Schirm nicht an den Tag gelegt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ihre jetzige Zustimmung zeigt, dass Sie damals falsch entschieden haben.

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Wie bitte? Davon kann ja wohl keine Rede sein! – Joachim Poß [SPD]: Das Gegenteil ist richtig!)

Aber es ist gut, dass Sie diesen Fehler jetzt korrigieren. Sie reden hier immer von europäischer Solidarität. Gut, dass Sie Ihren Worten jetzt auch Taten folgen lassen! (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Joachim Poß [SPD]: Sie haben es wirklich nicht verstanden! – Dr. Peter Danckert [SPD]: Wer ahnungslos ist, sollte hier nicht reden!)

Für die Zukunft müssen neue Lösungen gefunden werden, um den Euro langfristig zu stabilisieren. Kollege Schneider, Sie haben eben von den Märkten gesprochen. Das eigentliche Problem war, dass die Regeln, die es in Europa gibt, von Rot-Grün aufgeweicht wurden. Indem damals der blaue Brief verhindert wurde, wurde das falsche Zeichen gesetzt, dass jeder ungestraft Schulden machen kann. Wir brauchen jetzt harte Regeln für einen harten Euro.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Sie haben unseren Antrag nicht gelesen!)

Die Bundesregierung hat in schwierigen Verhandlungen die richtigen Weichen für den zukünftigen Mechanismus gestellt. Der neue Mechanismus wird den derzeitigen Rettungsschirm vollständig ablösen, sowohl was die bilaterale Hilfe angeht als auch was das Gemeinschaftsinstrument betrifft. Es ist ein besonderer Erfolg der Bundesregierung, dass sie im Gegensatz zu dem, was

Oliver Luksic

- (A) Sie wollen, die Vergemeinschaftung des Zinsrisikos in Form von Euro-Anleihen abgewendet hat. Das wäre die Transferunion. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Wie kommen Sie denn darauf, dass wir das wollen?)

– Das steht in Ihrem Programm.

(Joachim Poß [SPD]: Was? Wo genau steht das denn? Das ist eine böse Unterstellung! – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Schwachsinn!)

Stattdessen muss auch nach dem neuen Mechanismus Einstimmigkeit herrschen. Das ist gut. So kann gegen den Willen Deutschlands nichts beschlossen werden. Die Bundesregierung hat hier im Interesse Deutschlands und eines stabilen Euros die richtigen Akzente gesetzt.

Der wichtigste Punkt, den Sie, Herr Schneider, weggelassen haben, ist die Einführung von Umschuldungsklauseln, den sogenannten Collective Action Clauses, ab 2013. Wer hätte vor einem halben Jahr gedacht, dass wir das hinbekommen?

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Was, bitte schön, haben wir denn bis jetzt hinbekommen? – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wieso? Gegen die Collective Action Clauses war doch nie jemand!)

- (B) Das Thema „Beteiligung privater Gläubiger“ ist nicht in der Schublade verschwunden, obwohl viele Mitgliedstaaten dagegen waren und es auch vonseiten der Europäischen Kommission und der EZB Widerstand gab. Das ist ein großer Erfolg. Dass Sie ihn kleinreden, ist in Ordnung. Dennoch ist es ein großer Erfolg, dass wir die Beteiligung privater Gläubiger jetzt durchsetzen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Nun muss Sorge dafür getragen werden, dass dies in der Praxis geschieht. Es ist wichtig, dass wir die Hürden der politischen Manipulierbarkeit höher legen, damit der Rettungsschirm nicht zur Geldpumpe wird. Was den präventiven Arm angeht, müssen wir bei Sanktionen eine weitgehende Automatisierung hinbekommen. Bei der Gläubigerbeteiligung ist die Schuldentragfähigkeitsanalyse von Europäischer Kommission, EZB und IWF wichtig. Hier brauchen wir ein Stück Entpolitisierung. Dabei sind wir auf einem guten Weg.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Sie machen das Gegenteil! Wissen Sie das eigentlich?)

Nur so wird sichergestellt, dass die Unterstützung durch die Staatengemeinschaft erst nach den Anstrengungen des Schuldnerlandes einsetzt und die Beteiligung der Gläubiger wirklich das letzte Mittel darstellt.

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Wieso eigentlich?)

Klar muss auch sein: Der zukünftige Schirm darf nicht zu groß werden. Das wäre ein falsches Signal.

(Joachim Poß [SPD]: Aha! Ihre Fraktion hat sich aber darauf eingelassen! Sie lesen wohl noch nicht mal Ihre eigenen Fraktionsbeschlüsse!)

(C)

Im Laufe der Beratungen im Europäischen Rat und in der Euro-Gruppe werden noch viele Präzisierungen vorgenommen. Das erfordert europapolitischen Mut. Diesen Mut hat sowohl die FDP als auch die christlich-liberale Koalition. Mit unserem Antrag stärken wir der Bundesregierung für ihren guten und richtigen Kurs in Brüssel den Rücken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Thomas Nord von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Thomas Nord (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Linke – das ist bekannt – hat als einzige Fraktion gegen das Hilfspaket für Griechenland und gegen den Euro-Rettungsschirm gestimmt. Wir stimmen heute gegen die Hilfsmaßnahmen für Irland; denn auch in diesem Fall schützt der Euro-Rettungsschirm nicht den Euro, sondern die Banken.

(Beifall bei der LINKEN)

(D)

Diese benötigen unsere Hilfe nicht. Unsere Solidarität, Herr Sarrazin, Herr Luksic, gilt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Rentnerinnen und Rentnern und den vielen anderen Menschen, die jetzt die Suppe auslöpfeln müssen, die sie nicht bestellt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier wird gesagt, es gebe keine Handhabe gegen Krisenprofiteure und für eine sofortige Regulierung der Finanzmärkte, die EU-Verträge ließen dies nicht zu. Wir sagen, die Verträge sind in Kernbereichen ohnehin nicht mehr in Kraft und müssen verändert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer jetzt europaweit den Sozialabbau gegen die Menschen vorantreibt, der hätte auch die Kraft, jetzt Spekulanten zur Kasse zu bitten.

Sie sagen, wer nicht hilft, die Banken zu retten, riskiert die politische Stabilität der Europäischen Union. Wir sagen, wer Banken rettet, aber Finanzmärkte jetzt nicht reguliert, der treibt die Europäische Union in eine existenzielle Krise.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Fakten sprechen für sich. Am 6. Mai wurde hier das Griechenland-Paket beschlossen. Die Kanzlerin erkannte eine Notsituation. Sicherlich, Griechenland war in Not. Aber die Ursache war keine Naturkatastrophe. Die Verträge wurden verletzt, geholfen hat es nicht. Am

Thomas Nord

- (A) 19. Mai sagte die Kanzlerin, dass der Euro in Gefahr ist. In zwei Wochen wurde aus der Griechenland-Krise eine Euro-Krise. Der Euro-Rettungsfonds wurde installiert. Die Verträge wurden erneut außer Kraft gesetzt und die Krise eben nicht gestoppt. Die Folgen für die betroffenen Staaten waren unabsehbar.

Absehbar jedoch sind sie für die Banken. Sie werden immer auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler saniert. Sie zahlen, wie zum Beispiel die Hypo Real Estate, weiter satte Gewinne und Boni an ihre Aktionäre und Manager. Sie können sich ohne Risiko immer auf Staatshilfen verlassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ausgeblieben ist die Regulierung der Finanzmärkte. Die Debatte über einen zukünftigen Mechanismus zur Krisenbewältigung treibt das Dilemma auf die Spitze. Bei der Zinsentwicklung für portugiesische und für spanische Staatsanleihen ist das doch zu beobachten. Es wird behauptet, man komme an die Gewinner der Spekulationen nicht heran. Es sei unmöglich, die irische Regierung zu bewegen, die Dumpingsteuer für Unternehmen anzuheben. Die nationale Souveränität würde eine Steuerharmonisierung behindern. Wo bleibt dieses Argument beim größten Sozialabbau in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg?

- (B) Alle europäischen Mitgliedstaaten, die Hilfe benötigen, werden durch EU und IWF genötigt, die Mehrwertsteuer anzuheben, die Löhne zu senken, den Kündigungsschutz abzubauen, das Renteneintrittsalter zu erhöhen usw. Alles ist erlaubt. Nichts hindert die EU und den IWF daran, das durchzusetzen. Wenn aber Profite abgeschöpft werden sollen und Spekulation verhindert werden soll, dann geht in der Europäischen Union gar nichts mehr. So schützt man den Euro nicht vor weiteren Angriffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Rettung Irlands ist eben kein unabhängiges Phänomen. Es ist eine Frage der Zeit, bis Portugal fällig wird – oder auch Belgien. Portugal soll unter den Schirm, damit Spanien nicht fällt. Schon wird die Forderung nach einer Verdoppelung des Umfangs des Rettungsschirms laut. Nach Spanien kommt Italien, meine Damen und Herren, und was kommt dann?

Wenn der irische Haushalt am 7. Dezember verabschiedet sein wird, wird die dortige Regierung zerbrechen. Was 2008 als Finanzmarktkrise begonnen hat, ist 2010 eine Krise der europäischen Institutionen.

Was auch immer das heißt, eines ist sicher: Wenn es nach Ihnen geht, dann sollen weiterhin die Bürgerinnen und Bürger, diejenigen, die jetzt schon wenig haben, die Zeche bezahlen. Das wird Europa weiter destabilisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen das nicht. Deshalb lehnt die Linke das Finanzpaket für Irland ab. Deshalb fordern wir die Regulierung der Finanzmärkte, fordern wir, die Profiteure der Krise zur Verantwortung zu ziehen, fordern wir eine EU-weite Mindestbesteuerung, fordern wir eine Komplettrevision der europäischen Verträge.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN – Oliver Luksic [FDP]: Immer gegen Europa!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat jetzt der Kollege Alois Karl von der CDU/CSU das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Alois Karl (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns die Situation, in der wir heute sind, nicht ausgesucht; wir haben gehofft, dass sie an uns vorübergeht. Trotzdem musste Irland am 21. November 2010 diesen Antrag auf finanzielle Hilfe stellen. Das war notwendig, auch wenn wir fast den Eindruck hatten, Irland musste ein wenig gedrängt werden.

Es geht aber nicht nur um Irland, sondern es geht auch um unsere Währung, um den Euro. Aus diesem Grunde ist es wichtig, dass es hier in Europa ab dem 21. November 2010 zu einer solidarischen, gemeinschaftlichen Leistung gekommen ist. Ich danke dem Herrn Bundesfinanzminister, dass er mutig, schnell und entschlossen mit den Kollegen gehandelt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn es richtig ist, dass die deutsche Sicherheit am Hindukusch verteidigt wird, wie es ein ehemaliger Verteidigungsminister gesagt hat, dann wird unsere Währung, der Euro, auch in Irland verteidigt. Ansonsten fällt er. Das können wir uns nicht leisten; das ist jedem klar.

Es ist kurz angedeutet worden: Irland ist nicht Griechenland. Irland hat sein Bruttonozialprodukt in zehn Jahren verdoppelt. Das Wirtschaftswachstum war enorm hoch, die Arbeitslosigkeit war gering. Irland ist mit dem Wirtschaftswunderland Deutschland verglichen worden. Das hat für die Menschen in Irland außerordentlich viel gebracht.

Wie Sie von den Linken jetzt fordern können, dass wir in der jetzigen prekären Situation Irland alleine lassen, ist Ihr Geheimnis. Dämlicher könnte es für die Iren nicht zugehen, dämlicher könnten Sie sich nicht ausdrücken. Für Irland wäre es eine Katastrophe, wenn wir heute nicht helfen würden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich bin sehr dankbar, dass sich die Hilfe für Irland in Höhe von etwa 85 Milliarden Euro – das ist gesagt worden – auf viele Schultern verteilt. Irland selbst hat sich ja schon großartig beteiligt. 15 Milliarden Euro sind in den letzten Jahren für die eigene Konsolidierung schon aufgewendet worden. Jetzt wendet Irland weitere 17,5 Milliarden Euro dadurch auf, dass die Barreserven aufgebraucht werden und die Pensionskasse in Anspruch genommen wird.

Ich bin sehr dankbar, dass sich der IWF zu einem Drittel an den restlichen Kosten, also mit 22,5 Milliar-

(C)

(D)

Alois Karl

- (A) den Euro, beteiligt und dafür Zinsen in Höhe von 3,12 Prozent verlangt. Dadurch wird den Iren in der Tat geholfen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bin dankbar, dass durch die Fazilitäten ebenfalls mit 22,5 Milliarden Euro unterstützt wird, und es ist ein Gebot der Korrektheit, dass man sagt: Auch Länder wie Großbritannien, Schweden und Dänemark, die nicht zur Euro-Zone gehören, unterstützen diesen Rettungsfonds mit ihrem Beitrag von etwa 5 Milliarden Euro. Auch das ist ein großartiger Beitrag im Rahmen der Solidarität in Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte hier ausdrücklich erwähnen, dass Irland tatsächlich auch Freunde außerhalb der Euro-Zone hat, auch deshalb, weil Vertrauen darin besteht, dass sich Irland weiterhin anstrengen wird, um aus der jetzigen Situation herauszukommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben viel gehört. Irland muss sich anstrengen. Die Steuern werden erhöht, die Zahl der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst wird um 25 000 gekürzt und die Bediensteten des öffentlichen Dienstes bekommen zwischen 10 und 30 Prozent weniger Entlohnung.

(Dr. Peter Danckert [SPD]: Die Arbeitnehmer!)

- (B) Ich habe heute Vormittag mit dem irischen Botschafter in Deutschland gesprochen. Er wird einen gehörigen Abschlag hinnehmen müssen. Trotzdem steht er dahinter und sagt: Wir werden das schaffen. Wir werden es auch deshalb schaffen, weil wir unsere niedrigen Körperschaftsteuersätze halten können. – Das ist die Voraussetzung dafür, dass Irland auch in den nächsten Monaten und Jahren wieder zu einer blühenden Volkswirtschaft wird. Gerade dies ist nötig, damit Irland das Geld erwirtschaftet, um die jetzigen Konsolidierungsanstrengungen in der Tat zu meistern.

Meine Damen und Herren, wir sollten doch nicht glauben, dass wir von Deutschland aus eine Steuerharmonisierung in Europa jetzt losretten oder verordnen könnten. Vor dem Hintergrund, dass es uns schon in Deutschland nicht gelingt, dass für die Städte und Gemeinden vergleichbare oder gleiche Hebesätze für die Gewerbesteuer, für die Grundsteuer A und die Grundsteuer B gelten – unsere Städte und Gemeinden haben also unterschiedliche Steuersätze –, frage ich Sie: Wie sollten wir uns erdreisten, unseren Freunden in Europa – und jetzt insbesondere unseren Freunden in Irland – zu sagen, welche Steuersätze sie anwenden müssten? – Insofern sind die Überlegungen, die Sie jetzt äußern, völlig verwoben und übersteigert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich bin optimistisch und zuversichtlich, dass Irland mit den großen Anstrengungen, die es auf sich genommen hat, in wenigen Jahren wieder auf einem sicheren Pfad sein wird. Es kommt auf uns an, die richtigen Leh-

ren zu ziehen. Es wird eine Diskussion sein, die wir in der Tat vor dem Jahr 2013 führen müssen. Es wird darum gehen, dass wir eine Rangfolge werden einhalten müssen und dass wir sagen, dass sich in allererster Linie das Schuldnerland wird beteiligen müssen. Diejenigen, die Gläubiger sind, werden sich in zweiter Linie beteiligen müssen, und dann wird auch die Staatengemeinschaft in Europa ihren Anteil leisten müssen.

Bis dahin, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir uns hoffentlich nicht mehr zu häufig zu diesem Thema hier sprechen müssen. Heute ist klar: Wir müssen an der Seite von Irland stehen. Alles andere wäre eine Katastrophe für uns, für Europa und für unsere Währung, den Euro.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir nun zwei namentliche Abstimmungen und zwei einfache Abstimmungen im Wechsel durchführen werden. Zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen liegen einige wenige persönliche Erklärungen nach § 31 der Geschäftsordnung vor, die wir zu Protokoll nehmen.¹⁾

Wir kommen zunächst zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/4065 mit dem Titel „Irland unterstützen und Steuerharmonisierung vorantreiben, hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes“. Wir stimmen über den Antrag auf Verlangen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen namentlich ab.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Urnen zu besetzen. – Sind Schriftführerinnen und Schriftführer an allen Urnen? – Das ist der Fall. Damit eröffne ich die Abstimmung.

Haben jetzt alle Mitglieder des Hauses ihre Stimmkarte abgegeben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.²⁾

Ich bitte die Mitglieder der Fraktionen, sich zu ihren Plätzen zu bewegen, weil wir jetzt eine einfache Abstimmung durchführen.

Zusatzpunkt 8: Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/4082 mit dem Titel „Irland unterstützen und den Euro stabilisieren, hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist angenommen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Grünen.

Damit kommen wir zum Zusatzpunkt 9: Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD auf Druck-

¹⁾ Anlage 5

²⁾ Ergebnis Seite 8606 C

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- (A) sache 17/4014 mit dem Titel „Irland unterstützen und gerechten, wirksamen Mechanismus zur Bewältigung von Staatsfinanzierungskrisen schaffen, hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes“. Wir stimmen über diesen Antrag auf Verlangen der Fraktion der SPD namentlich ab.

(C)

Sind die Schriftführerinnen und Schriftführer noch an ihren Plätzen? – Das ist offenkundig der Fall. Dann bitte ich, mit der Abstimmung zu beginnen.

Hat ein Mitglied des Hauses seine Stimmkarte noch nicht eingeworfen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen werden Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/4029 mit dem Titel „Profiteure der Krise zur Kasse bitten – Keine weitere Verstaatlichung fauler Bankkredite bei Finanzhilfen für Irland, hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Artikel 23 Absatz 2 des Grundgesetzes“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Zustimmung der Fraktion Die Linke.

(B)

(D)

¹⁾ Ergebnis Seite 8608 B

(A)

(B)

Endgültiges Ergebnis		
Abgegebene Stimmen:	576;	Karin Evers-Meyer
davon		Gabriele Fograscher
ja:	195	Dr. Edgar Franke
nein:	378	Dagmar Freitag
enthaltene:	3	Peter Friedrich
		Sigmar Gabriel
		Michael Gerdes
		Martin Gerster
		Iris Gleicke
Ja		Ulrike Gottschalck
SPD		Angelika Graf (Rosenheim)
Ingrid Arndt-Brauer		Kerstin Griese
Rainer Arnold		Michael Groschek
Heinz-Joachim Barchmann		Michael Groß
Dr. Hans-Peter Bartels		Wolfgang Gunkel
Sören Bartol		Hans-Joachim Hacker
Bärbel Bas		Bettina Hagedorn
Dirk Becker		Klaus Hagemann
Uwe Beckmeyer		Michael Hartmann
Lothar Binding (Heidelberg)		(Wackernheim)
Gerd Bollmann		Hubertus Heil (Peine)
Klaus Brandner		Rolf Hempelmann
Willi Brase		Gustav Herzog
Bernhard Brinkmann		Gabriele Hiller-Ohm
(Hildesheim)		Petra Hinz (Essen)
Edelgard Bulmahn		Frank Hofmann (Volkach)
Ulla Burchardt		Dr. Eva Högl
Martin Burkert		Christel Humme
Petra Crone		Josip Juratovic
Dr. Peter Danckert		Oliver Kaczmarek
Martin Dörmann		Johannes Kahrs
Elvira Drobinski-Weiß		Dr. h. c. Susanne Kastner
Garrelt Duin		Ulrich Kelber
Sebastian Edathy		Lars Klingbeil
Siegmund Ehrmann		Hans-Ulrich Klose
Dr. h. c. Gernot Erler		Dr. Bärbel Kofler
Petra Ernstberger		Daniela Kolbe (Leipzig)
		Fritz Rudolf Körper

(C)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, gebe ich Ihnen die von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelten **Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen** bekannt.

Zunächst zur ersten namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Manuel Sarrazin, Dr. Gerhard Schick und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Irland unterstützen und Steuerharmonisierung vorantreiben“. Abgegebene Stimmen 576. Mit Ja haben gestimmt 195, mit Nein haben gestimmt 378, Enthaltungen 3. Der Antrag ist damit abgelehnt.

(D)

Anette Kramme	Marlene Rupprecht
Nicolette Kressl	(Tuchenbach)
Angelika Krüger-Leißner	Anton Schaaf
Ute Kumpf	Axel Schäfer (Bochum)
Christine Lambrecht	Bernd Scheelen
Christian Lange (Backnang)	Marianne Schieder
Dr. Karl Lauterbach	(Schwandorf)
Steffen-Claudio Lemme	Ulla Schmidt (Aachen)
Burkhard Lischka	Silvia Schmidt (Eisleben)
Gabriele Lösekrug-Möller	Carsten Schneider (Erfurt)
Kirsten Lühmann	Swen Schulz (Spandau)
Caren Marks	Ewald Schurer
Katja Mast	Frank Schwabe
Hilde Mattheis	Dr. Martin Schwanholz
Petra Merkel (Berlin)	Rolf Schwanitz
Ullrich Meßmer	Stefan Schwartz
Dr. Matthias Miersch	Rita Schwarzelühr-Sutter
Franz Müntefering	Dr. Carsten Sieling
Dr. Rolf Mützenich	Sonja Steffen
Manfred Nink	Peer Steinbrück
Thomas Oppermann	Dr. Frank-Walter Steinmeier
Holger Ortel	Christoph Strässer
Aydan Özoğuz	Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Heinz Paula	Franz Thönnies
Johannes Pflug	Wolfgang Tiefensee
Joachim Poß	Rüdiger Veit
Dr. Wilhelm Priesmeier	Ute Vogt
Florian Pronold	Dr. Marlies Volkmer
Dr. Sascha Raabe	Andrea Wicklein
Mechthild Rawert	Heidmarie Wiczorek-Zeul
Gerold Reichenbach	Dr. Dieter Wiefelspütz
Dr. Carola Reimann	Waltraud Wolff
Sönke Rix	(Wolmirstedt)
René Röspel	Uta Zapf
Dr. Ernst Dieter Rossmann	Dagmar Ziegler
Karin Roth (Esslingen)	Manfred Zöllmer
Michael Roth (Heringen)	Brigitte Zypries

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Nein	Olav Gutting Florian Hahn	Dr. Michael Luther Karin Maag	(C)
	Kerstin Andreae	CDU/CSU	Holger Haibach	Hans-Georg von der Marwitz	
	Marieluise Beck (Bremen)	Peter Altmaier	Dr. Stephan Harbarth	Andreas Mattfeldt	
	Volker Beck (Köln)	Peter Aumer	Jürgen Hardt	Stephan Mayer (Altötting)	
	Cornelia Behm	Dorothee Bär	Gerda Hasselfeldt	Dr. Michael Meister	
	Birgitt Bender	Thomas Bareiß	Dr. Matthias Heider	Dr. Angela Merkel	
	Alexander Bonde	Norbert Barthle	Mechthild Heil	Maria Michalk	
	Viola von Cramon-Taubadel	Günter Baumann	Frank Heinrich	Dr. h. c. Hans Michelbach	
	Ekin Deligöz	Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)	Rudolf Henke	Dr. Mathias Middelberg	
	Katja Dörner	Manfred Behrens (Börde)	Michael Hennrich	Philipp Mißfelder	
	Hans-Josef Fell	Dr. Christoph Bergner	Jürgen Herrmann	Dietrich Monstadt	
	Dr. Thomas Gambke	Peter Beyer	Ansgar Heveling	Marlene Mortler	
	Kai Gehring	Steffen Bilger	Ernst Hinsken	Dr. Gerd Müller	
	Britta Haßelmann	Clemens Binninger	Peter Hintze	Stefan Müller (Erlangen)	
	Bettina Herlitzius	Peter Bleser	Christian Hirte	Nadine Schön (St. Wendel)	
	Winfried Hermann	Dr. Maria Böhmer	Robert Hochbaum	Dr. Philipp Murmann	
	Priska Hinz (Herborn)	Wolfgang Börnßen (Bönstrup)	Karl Holmeier	Bernd Neumann (Bremen)	
	Ulrike Höfken	Wolfgang Bosbach	Franz-Josef Holzenkamp	Michaela Noll	
	Dr. Anton Hofreiter	Norbert Brackmann	Anette Hübinger	Dr. Georg Nüblein	
	Bärbel Höhn	Klaus Brähmig	Thomas Jarzombek	Franz Obermeier	
	Ingrid Hönlinger	Michael Brand	Dieter Jasper	Eduard Oswald	
	Thilo Hoppe	Dr. Reinhard Brandl	Dr. Franz Josef Jung	Henning Otte	
	Uwe Kekeritz	Helmut Brandt	Andreas Jung (Konstanz)	Dr. Michael Paul	
	Katja Keul	Dr. Ralf Brauksiepe	Dr. Egon Jüttner	Rita Pawelski	
	Memet Kilic	Dr. Helge Braun	Bartholomäus Kalb	Ulrich Petzold	
	Sven-Christian Kindler	Heike Brehmer	Hans-Werner Kammer	Dr. Joachim Pfeiffer	
	Maria Klein-Schmeink	Ralph Brinkhaus	Steffen Kampeter	Sibylle Pfeiffer	
	Ute Koczy	Gitta Connemann	Alois Karl	Beatrix Philipp	
	Tom Koenigs	Leo Dautzenberg	Bernhard Kaster	Ronald Pofalla	
	Oliver Krischer	Alexander Dobrindt	Siegfried Kauder (Villingen- Schwenningen)	Christoph Poland	
	Agnes Krumwiede	Thomas Dörflinger	Volker Kauder	Daniela Raab	
	Stephan Kühn	Marie-Luise Dött	Dr. Stefan Kaufmann	Thomas Rachel	
(B)	Renate Künast	Enak Ferlemann	Dr. Roderich Kiesewetter	Eckhardt Rehberg	(D)
	Markus Kurth	Ingrid Fischbach	Eckart von Klaeden	Katherina Reiche (Potsdam)	
	Undine Kurth (Quedlinburg)	Hartwig Fischer (Göttingen)	Ewa Klant	Lothar Riebsamen	
	Monika Lazar	Dirk Fischer (Hamburg)	Volkmart Klein	Josef Rief	
	Agnes Malczak	Axel E. Fischer (Karlsruhe- Land)	Jürgen Klimke	Klaus Riegert	
	Jerzy Montag	Dr. Maria Flachsbarth	Jürgen Klöckner	Dr. Heinz Riesenhuber	
	Kerstin Müller (Köln)	Klaus-Peter Flosbach	Julia Klöckner	Johannes Röring	
	Beate Müller-Gemmeke	Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)	Axel Knoerig	Dr. Christian Ruck	
	Dr. Konstantin von Notz	Michael Frieser	Jens Koeppen	Erwin Rüdell	
	Omid Nouripour	Dr. Michael Fuchs	Dr. Kristina Schröder	Albert Rupprecht (Weiden)	
	Friedrich Ostendorff	Hans-Joachim Fuchtel	Manfred Kolbe	Anita Schäfer (Saaletal)	
	Dr. Hermann Ott	Alexander Funk	Dr. Rolf Koschorrek	Dr. Wolfgang Schäuble	
	Lisa Paus	Ingo Gädechens	Hartmut Koschyk	Dr. Annette Schavan	
	Brigitte Pothmer	Dr. Thomas Gebhart	Thomas Kossendey	Dr. Andreas Scheuer	
	Tabea Rößner	Norbert Geis	Michael Kretschmer	Karl Schiewerling	
	Claudia Roth (Augsburg)	Alois Gerig	Gunther Krichbaum	Günther Schindler	
	Krista Sager	Eberhard Gienger	Dr. Günter Krings	Tankred Schipanski	
	Manuel Sarrazin	Michael Glos	Rüdiger Kruse	Georg Schirmbeck	
	Elisabeth Scharfenberg	Josef Göppel	Bettina Kudla	Christian Schmidt (Fürth)	
	Christine Scheel	Peter Götz	Dr. Hermann Kues	Patrick Schnieder	
	Dr. Gerhard Schick	Dr. Wolfgang Götzer	Günter Lach	Bernhard Schulte-Drüggelte	
	Dr. Frithjof Schmidt	Ute Granold	Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)	Uwe Schummer	
	Dorothea Steiner	Reinhard Grindel	Andreas G. Lämmel	Armin Schuster (Weil am Rhein)	
	Dr. Wolfgang Strengmann- Kuhn	Hermann Gröhe	Dr. Norbert Lammert	Detlef Seif	
	Dr. Harald Terpe	Michael Grosse-Brömer	Katharina Landgraf	Johannes Selle	
	Markus Tressel	Markus Grübel	Ulrich Lange	Reinhold Sendker	
	Jürgen Trittin	Manfred Grund	Dr. Max Lehmer	Dr. Patrick Sensburg	
	Daniela Wagner	Monika Grütters	Paul Lehrieder	Bernd Siebert	
	Wolfgang Wieland	Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg	Dr. Ursula von der Leyen	Thomas Silberhorn	
	Dr. Valerie Wilms		Ingbert Liebing	Johannes Singhammer	
	Josef Philip Winkler		Matthias Lietz	Jens Spahn	
			Dr. Carsten Linnemann	Carola Stauche	
			Patricia Lips	Dr. Frank Steffel	
			Dr. Jan-Marco Luczak	Erika Steinbach	

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- | | | | | | |
|-----|---|--|---|---|-----|
| (A) | Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew | Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Hausteiner
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Holger Krestel
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Lars Lindemann
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Dirk Niebel
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert | Björn Sänger
Frank Schäffler
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr) | Andrej Hunko
Ulla Jelpke
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Dr. Gesine Lötzschen
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothee Menzner
Cornelia Möhring
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Richard Pitterle
Yvonne Plotetz
Ingrid Remmers
Paul Schäfer (Köln)
Michael Schlecht
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Johanna Voß
Harald Weinberg
Katrin Werner
Jörn Wunderlich
Sabine Zimmermann | (C) |
| | | DIE LINKE
Jan van Aken
Agnes Alpers
Herbert Behrens
Karin Binder
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Dr. Martina Bunge
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Dr. Gregor Gysi
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll | Enthalten

SPD
Klaus Barthel
Werner Schieder (Weiden)

BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Hans-Christian Ströbele | (D) | |
| (B) | Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann | | | | |

Nun zur zweiten namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD. Abgegebene Stimmen

575. Mit Ja haben gestimmt 197, mit Nein 377, Enthaltungen 1. Auch dieser Antrag ist damit abgelehnt.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms**(A) Endgültiges Ergebnis**

Abgegebene Stimmen: 575;
davon
ja: 197
nein: 377
enthalten: 1

Ja**SPD**

Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Heinz-Joachim Barchmann
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Dirk Becker
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Bernhard Brinkmann
(Hildesheim)
Edelgard Bulmahn
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin

(B) Sebastian Edathy
Siegmund Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Ulrike Gottschalk
Angelika Graf (Rosenheim)
Kerstin Griese
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann
(Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek

Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupperecht
(Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder
(Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Carsten Schneider (Erfurt)
Sven Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartze
Rita Schwarzelühr-Sutter
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer

Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Uta Zapf
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Cornelia Behm
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Elisabeth Scharfenberg

Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-
Kuhn
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler

Nein**CDU/CSU**

Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Gitta Connemann
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-
Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof)
Michael Frieser
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger

(C)**(D)**

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)	Michael Glos Josef Göppel Peter Götz Dr. Wolfgang Götzer Ute Granold Reinhard Grindel Hermann Gröhe Michael Grosse-Brömer Markus Grübel Manfred Grund Monika Grütters Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg Olav Gutting Florian Hahn Holger Haibach Dr. Stephan Harbarth Jürgen Hardt Gerda Hasselfeldt Dr. Matthias Heider Mechthild Heil Frank Heinrich Rudolf Henke Michael Hennrich Jürgen Herrmann Ansgar Heveling Ernst Hinsken Peter Hintze Christian Hirte Robert Hochbaum Karl Holmeier Franz-Josef Holzenkamp Anette Hübinger Thomas Jarzombek	Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) Andreas G. Lämmel Dr. Norbert Lammert Katharina Landgraf Ulrich Lange Dr. Max Lehmer Paul Lehrieder Dr. Ursula von der Leyen Ingbert Liebing Matthias Lietz Dr. Carsten Linnemann Patricia Lips Dr. Jan-Marco Luczak Dr. Michael Luther Karin Maag Hans-Georg von der Marwitz Andreas Mattfeldt Stephan Mayer (Altötting) Dr. Michael Meister Dr. Angela Merkel Maria Michalk Dr. h. c. Hans Michelbach Dr. Mathias Middelberg Philipp Mißfelder Dietrich Monstadt Marlene Mortler Dr. Gerd Müller Stefan Müller (Erlangen) Nadine Schön (St. Wendel) Dr. Philipp Murmann Bernd Neumann (Bremen) Michaela Noll Dr. Georg Nüßlein Franz Obermeier Eduard Oswald Henning Otte Dr. Michael Paul Rita Pawelski Ulrich Petzold Dr. Joachim Pfeiffer Sibylle Pfeiffer Beatrix Philipp Ronald Pofalla Christoph Poland Ruprecht Polenz Daniela Raab Thomas Rachel Eckhardt Rehberg Katherina Reiche (Potsdam) Lothar Riebsamen Josef Rief Klaus Riegert Dr. Heinz Riesenhuber Johannes Röring Dr. Christian Ruck Erwin Rüddel Albert Rupperecht (Weiden) Anita Schäfer (Saalstadt) Dr. Wolfgang Schäuble Dr. Annette Schavan Dr. Andreas Scheuer Karl Schiewerling Norbert Schindler Tankred Schipanski Georg Schirmbeck Christian Schmidt (Fürth) Patrick Schnieder	Bernhard Schulte-Drüggelte Uwe Schummer Armin Schuster (Weil am Rhein) Detlef Seif Johannes Selle Reinhold Sendker Dr. Patrick Sensburg Bernd Siebert Thomas Silberhorn Johannes Singhammer Jens Spahn Carola Stauche Dr. Frank Steffel Erika Steinbach Christian Freiherr von Stetten Dieter Stier Gero Storjohann Stephan Stracke Max Straubinger Karin Strenz Thomas Strobl (Heilbronn) Lena Strothmann Michael Stübgen Dr. Peter Tauber Antje Tillmann Dr. Hans-Peter Uhl Arnold Vaatz Volkmar Vogel (Kleinsaara) Stefanie Vogelsang Andrea Astrid Voßhoff Marco Wanderwitz Kai Wegner Marcus Weinberg (Hamburg) Peter Weiß (Emmendingen) Sabine Weiss (Wesel I) Ingo Wellenreuther Karl-Georg Wellmann Peter Wichtel Annette Widmann-Mauz Klaus-Peter Willsch Elisabeth Winkelmeier- Becker Dagmar Wöhlrl Dr. Matthias Zimmer Wolfgang Zöllner Willi Zylajew	Mechthild Dyckmans Rainer Erdel Jörg van Essen Ulrike Flach Otto Fricke Dr. Edmund Peter Geisen Dr. Wolfgang Gerhardt Hans-Michael Goldmann Heinz Golombeck Joachim Günther (Plauen) Dr. Christel Happach-Kasan Heinz-Peter Haustein Manuel Höferlin Elke Hoff Birgit Homburger Dr. Werner Hoyer Heiner Kamp Michael Kauch Dr. Lutz Knopek Pascal Kober Dr. Heinrich L. Kolb Gudrun Kopp Dr. h. c. Jürgen Koppelin Sebastian Körber Holger Krestel Patrick Kurth (Kyffhäuser) Heinz Lanfermann Sibylle Laurischk Harald Leibrecht Lars Lindemann Dr. Martin Lindner (Berlin) Michael Link (Heilbronn) Dr. Erwin Lotter Oliver Luksic Horst Meierhofer Patrick Meinhardt Gabriele Molitor Jan Mücke Petra Müller (Aachen) Burkhardt Müller-Sönksen Dr. Martin Neumann (Lausitz) Dirk Niebel Cornelia Pieper Gisela Piltz Dr. Christiane Ratjen- Damerau Dr. Birgit Reinemund Dr. Peter Röhlinger Dr. Stefan Ruppert Björn Sänger Frank Schäffler Christoph Schnurr Jimmy Schulz Marina Schuster Dr. Erik Schweickert Werner Simmling Judith Skudelný Dr. Hermann Otto Solms Joachim Spatz Dr. Max Stadler Torsten Staffeldt Dr. Rainer Stinner Stephan Thomae Florian Toncar Serkan Tören Johannes Vogel (Lüdenscheid)	(C)
(B)	Dieter Jasper Dr. Franz Josef Jung Andreas Jung (Konstanz) Dr. Egon Jüttner Bartholomäus Kalb Hans-Werner Kammer Steffen Kampeter Alois Karl Bernhard Kaster Siegfried Kauder (Villingen- Schwenningen) Volker Kauder Dr. Stefan Kaufmann Roderich Kiesewetter Eckart von Klaeden Ewa Klamt Volkmar Klein Jürgen Klimke Julia Klöckner Axel Knoerig Jens Koeppen Dr. Kristina Schröder Manfred Kolbe Dr. Rolf Koschorrek Hartmut Koschyk Thomas Kossendey Michael Kretschmer Gunther Krichbaum Dr. Günter Krings Rüdiger Kruse Bettina Kudla Dr. Hermann Kues Günter Lach				(D)
		FDP Jens Ackermann Christian Ahrendt Christine Aschenberg- Dugnus Daniel Bahr (Münster) Florian Bernschneider Sebastian Blumenthal Claudia Bögel Nicole Bracht-Bendt Klaus Breil Rainer Brüderle Angelika Brunkhorst Ernst Burgbacher Marco Buschmann Sylvia Canel Helga Daub Reiner Deutschmann Dr. Bijan Djir-Sarai Patrick Döring			

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)	Dr. Daniel Volk Dr. Guido Westerwelle Dr. Claudia Winterstein Dr. Volker Wissing Hartfrid Wolff (Rems-Murr)	Dr. Diether Dehm Heidrun Dittrich Dr. Dagmar Enkelmann Klaus Ernst Wolfgang Gehrcke Nicole Gohlke Diana Golze Annette Groth Dr. Gregor Gysi Heike Hänsel Dr. Rosemarie Hein Inge Höger Dr. Barbara Höll Andrej Hunko Ulla Jelpke Dr. Lukrezia Jochimsen Katja Kipping Harald Koch Jan Korte Caren Lay	Sabine Leidig Ralph Lenkert Michael Leutert Stefan Liebich Dr. Gesine Lötzsch Thomas Lutze Ulrich Maurer Dorothee Menzner Cornelia Möhring Niema Movassat Wolfgang Nešković Thomas Nord Petra Pau Richard Pitterle Yvonne Ploetz Ingrid Remmers Paul Schäfer (Köln) Michael Schlecht Dr. Ilja Seifert Kathrin Senger-Schäfer	(C)
	DIE LINKE Jan van Aken Agnes Alpers Herbert Behrens Karin Binder Matthias W. Birkwald Heidrun Bluhm Steffen Bockhahn Christine Buchholz Eva Bulling-Schröter Dr. Martina Bunge Roland Claus Sevim Dağdelen		Dr. Petra Sitte Kersten Steinke Sabine Stüber Alexander Süßmair Dr. Kirsten Tackmann Dr. Axel Troost Alexander Ulrich Kathrin Vogler Johanna Voß Harald Weinberg Katrin Werner Jörn Wunderlich Sabine Zimmermann	
			Enthalten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hans-Christian Ströbele	
(B)				(D)

(A)

Anlage 5

(C)

Erklärung nach § 31 GO**der Abgeordneten Alexander Funk und Klaus-Peter Willsch (beide CDU/CSU) zum Antrag: Irland unterstützen – Euro stabilisieren****hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes i. V. m. § 9 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (Zusatztagsordnungspunkt 8)**

Hiermit teilen wir mit, dass wir uns dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Irland unterstützen und den Euro stabilisieren“ nicht anschließen werden.

Unsere Entscheidung ist eine logische Folge unserer grundsätzlichen Ablehnung gegenüber der „Griechenlandhilfe“ und dem „Rettungsschirm für die Euro-Zone“. Bereits im Mai dieses Jahres haben wir unsere Bedenken gegenüber diesen Maßnahmen ausführlich dargelegt“. An dieser Haltung hat sich nichts geändert – im Gegenteil: Die Entwicklungen an den Finanzmärkten und Stellungnahmen renommierter Finanzexperten haben uns darin bestärkt.

So verweisen wir beispielsweise auf die Sonderausgabe „Ein Krisenmechanismus für die Eurozone“ des *ifo Schnelldienst* vom Institut für Wirtschaftsforschung München, erschienen am 23. November 2010, in dem anhand von Daten und Fakten überzeugend dargelegt wird, dass die gegenwärtigen Turbulenzen nicht eine Krise des Euro indizieren, sondern Konsequenzen massiver wirtschafts- und fiskalpolitischer Fehlentwicklungen der entsprechenden Länder sind.

Das Ausspreizen der Zinsen, das für viele als bedrohliche Krise erscheint, und in der Tat zur Belastung der kreditfinanzierten Staatsausgaben wird, war zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd so groß wie vor der Einführung des Euro, vgl. *ifo Schnelldienst*, Seite 3. Während indes die Länder in der Zeit vor Einführung des Euro die Chance hatten, durch Abwertung ihrer Währung ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit das Vertrauen der Märkte wiederherzustellen, sind sie nun gezwungen, durch Preis- und Lohnkürzungen und eine Konsolidierung des öffentlichen Budgets real abzuwerten. Dieser schmerzliche Weg ist aus unserer Sicht unausweichlich und kann nicht über das ungerechtfertigte Verschenken der Bonität Deutschlands und des Vertrauens, das wir genießen, abgewendet werden. Im Gegenteil: Der massive Kapitaltransfer generiert – entgegen seinen Absichten – eine weitere Verschlechterung der Außenhandelsbilanzen der betroffenen Länder und befeuert zusätzlich den ökonomischen Abwärtstrend, den zu stoppen er vorgibt.

Ging es bei der „Griechenlandhilfe“ noch angeblich darum, die Liquidität eines Landes sicherzustellen, trifft diese Begründung auf Irland schon nicht mehr zu. Irland

t

(B)

(D)

- (A) muss sich nicht in den nächsten sechs Monaten am Kapitalmarkt bedienen.

Sollten die Maßnahmen dazu dienen, die Märkte „zu beruhigen“, kann man in den letzten Tagen, aber auch schon nach der „Griechenlandhilfe“ erkennen, dass dieser Versuch gescheitert ist, ja scheitern musste. Einer kurzfristigen Beruhigung der Märkte nach dem Beschluss zum Euro-Rettungsschirm folgte die Erkenntnis, dass zehnjährige Anleihen nicht geschützt sind, und die Spreads stiegen verständlicherweise wieder an. In der Fehlentwicklung konsequent werden bereits Stimmen laut, die eine dauerhafte Verstetigung des Rettungsschirmes fordern. Den Maßnahmen liegt insgesamt ein verzerrtes Bild marktwirtschaftlicher Dynamik und Psychologie zugrunde: Wir erliegen der Illusion, über bereits jetzt unüberschaubare Garantiesummen nachvollziehbare und der ökonomischen Realität angemessene Bewertungsmaßstäbe – CDS-Anstieg, Zinsspreads – ausblenden zu können. Den Preis dieser Bemühungen wird der deutsche Steuerzahler mittelfristig und mindestens indirekt über steigende Zinslasten zu tragen haben.

Weiterhin wird oftmals von den Befürwortern der „Euro-Rettung“ argumentiert, man müsse das europäische Bankenwesen retten. Sollte dies ein ernsthaftes Argument sein, lehne ich es strikt ab, da dies ebenfalls Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft außer Kraft setzt. Dies würde bedeuten, dass Finanzakteure Gewinne mitnehmen dürfen – die Verluste aber muss der Steuerzahler tragen. So ist es zwar richtig, dass die Kurse vieler (süd-)europäischer Anleihen gefallen sind; dem stehen aber Kursgewinne anderer, beispielsweise deutscher Anleihen, gegenüber. Sollte eine Bank wirklich in eine finanzielle Schieflage aufgrund von Abschreibungen ihrer Staatspapiere kommen, halten wir eine direkte Rettung für Banken im Notfall für sinnvoller. Dann könnte nach einer Verstaatlichung, Konsolidierung und einem späteren Verkauf der Bank dem Steuerzahler zumindest die Chance auf eine Gewinnbeteiligung ermöglicht werden. Viel wichtiger ist jedoch, dass es unserem Grundverständnis widerspricht, dass der Staat die Risiken von Finanzakteuren übernimmt und diese ihre Gewinne einstreichen können.

- (B)

Nun zielt der konkrete Antrag auf eine Stabilisierung des Euro ab. Die entsprechende Debatte ist weiterhin geprägt vom Nichtvorliegen konkreter Daten und Fakten seitens der Bundesregierung: Bemessen sich Stabilitätskriterien an der Inflationsrate des Euro, bezüglich des Wechselkurses zum US-Dollar oder an möglichst minimalen Kursschwankungen? Auch diesbezüglich monieren wir die für uns persönlich unklare wirtschaftliche Folgenabschätzung, die mit sinkenden bzw. steigenden Euro-Kursen verbunden ist.

Diese Fragen und Überlegungen führen uns zu dem Schluss, dass es sich bei Fortführung der tadelnswerten Strategie nicht um eine unabweisliche Bewältigung einer Krise der Gemeinschaftswährung handelt, sondern darum, betroffene Finanzakteure von den desaströsen Folgen einer weiteren Kreditübersversorgung zu entlasten und unseren Partnern in der Euro-Zone – am Markt nicht gerechtfertigte – niedrige Zinssätze zu garantieren.

(C) Diesen Weg halten wir aus haushaltspolitischer Sicht für Deutschland für höchst gefährlich und mit unseren europapolitischen und marktwirtschaftlichen Grundüberzeugungen unvereinbar. Wir marschieren sehenden Auges in eine Transferunion, die man aus europapolitischen Gründen befürworten mag, die wir persönlich aber weiterhin strikt ablehnen.

- (D)